



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/50 - 29.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Gefährdeter Nachwuchs	S. 1
Zick-Zack-Kurs der US-China-Politik	S. 3
Vertagte Senatskrise	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Kinder klagen an

-x. In Hannover, einer Stadt, die heute fast wieder die Halb-Millionen-Grenze erreicht hat, ergab die ärztliche Untersuchung der Schulanfänger bei nur 53 v.H. einen "befriedigenden" Gesundheitszustand. Noch nie mussten soviel Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt werden, wie in diesem Jahr. Es handelt sich um die Geburtsjahrgänge 1945/46, um Kinder also, die in den ersten Entwicklungsjahren weder ausreichend Milch noch Fett bekamen. Bei den Kindern wurden Brüsen- und Kreislaufstörungen festgestellt. Bei fast allen sind die Zähne schlecht und 70% aller Kinder haben Haltungsfehler, z.B. verursacht durch Knick-, Senk- oder Spreizfüsse, in deren Gefolge jetzt bereits Verformungen der Hüftknochen und der Wirbelsäule auftreten. Das ist eine wahrhaft furchtbare Bilanz.

Wir werden alle nicht gern an jene Zeit erinnert, in der uns nur Beziehungen oder Kompensationen die lebensnotwendigen Kalorien verschaffen konnten. Es ist aber ein Unterschied, ob wir uns nur der überstandenen dringendsten Not wegen nicht gern erinnern, oder ob man sich seines damaligen beschämenden Verhaltens wegen nicht gern erinnern lässt. Diesen Menechen müsste das schulärztliche Ergebnis der hannoverschen Untersuchung als täglicher schwerer Vorwurf wegen der Verbrechen vor Augen

stehen, die damals an den Kindern begangen wurde und heute so sichtbar in Erscheinung treten.

Aber auch heute hungern wieder Kinder nach Butter und Milch - heute trotz Überflusses an diesen Produkten und nur eines Preisniveaus wegen, das zu der Kaufkraft der Bedürftigsten nicht in einem tragbaren Verhältnis steht. Der Staatssekretär Dr. Sonnemann (DP) empfiehlt, diesen Überfluss an Kälber und Schweine zu verfüttern. Detlef Struve, Bauernführer und M.d.B. (CDU), antwortet auf einen "Offenen Brief", in welchem die Preissenkung für Butter und Milch empfohlen wird, dass auch die Bauern die Beseitigung der sozialen Spannungen für unerlässlich halten, "jedoch nicht einseitig auf Kosten der Ertragslage ihrer Betriebe..."

Er verschweigt, dass die insgesamt vier Milliarden Mehreinnahmen der Landwirtschaft 1950 und 1951 allein auf Kosten der Lebenshaltung dieser Bevölkerungsschichten möglich waren und das Agrarpreisniveau nur über Zollschutz- und Einlagerungspolitik der Regierungskoalition, der auch Herr Struve angehört, und allein auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler gehalten und erhöht werden konnte.

Die Kinder von Hannover klagen an, und es ist sicher nicht nur in Hannover so, Sie klagen an als Überlebende, auch für jene Kinder und Alten, die damals am Hunger gestorben sind. Sie sind lebende, erschütternde Mahnmale an eine Zeit, da persönlichster Egoismus über die Volksgesundheit triumphierte. Aber ihre Klage wird vor den Ohren christlicher Bauernführer und Politiker, heute wie damals, ungehört verhallen, da jenen die günstige Ertragslage ihrer Betriebe wichtiger ist, als die Erhaltung der Gesundheit unserer Kinder. Man rede angesichts des hannoverschen Ergebnisses nicht von "aufgeführten Sentiments", es ist leider eine bittere Realität.

Amerika auf der Suche nach einer China-Politik

H.St., Washington, Ende Februar

Was soll mit Rot-China geschehen? Welche Politik soll die westliche Welt, vor allem die Regierung der USA, gegenüber der Pekinger Regierung Mao-Tse-Tung einschlagen? Soll man weiter zwischen Drohungen und Passivität, zwischen lau betriebener diplomatischer Anerkennung und halb-kompletter Handelsblockade, hin und her pendeln, abwechselnd auf Tschiang-Kai-Schek hörend und ihn dann wieder vor den Kopf stossend?

Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann hat vor kurzem der amerikanischen Öffentlichkeit und den amerikanischen Politikern die Frage in nicht zu überbietender Klarheit vorgelegt: "Wollt Ihr Mao-Tse-Tung stürzen und einen gewaltsamen Umsturz, mit Bürgerkrieg, amerikanischer Intervention, aktiver Unterstützung Tschiang-Kai-Scheks usw., herbeiführen helfen, - oder wollt Ihr eine "modus vivendi" mit Rot-China, ein Nebeneinander-herleben, wie es, recht und schlecht, mit der Sowjetunion besteht? "Es mag unglaublich klingen, ist aber doch die primitive Wahrheit: Über diese Grundfrage besteht in Washington keine Übereinstimmung. Beide Ansichten werden vertreten und haben ihre Anhänger, - und dann gibt es noch Leute, die beides miteinander kombinieren wollen, und endlich Leute, die die Augen geschlossen halten und einfach "weiter wursteln" wollen.

Wohlgemerkt: ein Minimum von Klarheit besteht, und zwar zum mindesten, seit Winston Churchill seine etwas umstrittenen Erklärungen zur ostasiatischen Lage abgegeben hat. Wenn Rot-China einen eventuellen Waffenstillstand in Korea gewaltsam und vorsätzlich brechen sollte, oder wenn es mit offener Waffengewalt in Indo-China, Burma, Hongkong oder anderswo intervenieren sollte, dann werden die Westmächte diese offene Aggression mit Zwangs- und Druckmitteln beantworten. Aber das grosse Dilemma ist, was zu geschehen hat, wenn Mao-Tse-Tung nicht solche offenen Gewaltakte unternimmt, sondern sich auf die viel bewährteren Druckmittel der unterirdischen "langsamen" Wühlarbeit beschränkt und im übrigen in den Waffenstillstandsverhandlungen von Panmunjom weiter seine sture, vergiftende Zermürbungstaktik anwendet. Es lässt sich nicht länger verheimliche

dass in diesem Fall und für diese Hypothese sich in Amerika die Stimmen mehren, "energisch" zu werden, sich nicht länger von Peking an der Nase herumführen zu lassen und Demonstrationen des Unwillens zu unternehmen, die im Grunde genommen aktive Hilfe für seine Gegner und aktive Vorbereitung für Mao-Tse-Tungs gewaltsamen Sturz wären.

Es ist dies nicht die offizielle Politik der amerikanischen Regierung. Präsident Truman und das Staatsdepartement sind einer Politik der verantwortungslosen Abenteuer abgeneigt. Die Linie, die die Regierung der USA zu steuern sucht, ist die, zu versuchen, einen grossen Krieg in Ostasien zu vermeiden (weshalb MacArthur entlassen wurde), aber gleichzeitig eine weitere Ausdehnung der kommunistischen Einfluszone zu verhindern, - und dabei besteht natürlich auch ein gewisses Kriegsrisiko. Demgegenüber aber gibt es Stimmungs- und Einflussgruppen in Amerika, denen die "Vermeidung des grossen Krieges in Ostasien" weniger am Herzen liegt, sondern die diesen Krieg akzeptieren würden, wenn sich anders eine Rückdrängung des Einflusses Pekings oder gar dessen Sturz nicht erreichen lässt. Die Tatsache, dass ein solcher Krieg technisch ein amerikanischer Angriffskrieg wäre, stört sie wenig.

Diese letztere Einstellung ist heute in der Republikanischen Partei vorherrschend, wo man aus dem koreanischen Krieg eine Partei- und Wahlkampfangelegenheit zu machen sucht. Nicht die ganze Partei steht hinter MacArthur und dessen Freunden, - aber offenbar ist doch die Mehrheit bereit, um eines Wahlsieges willen den Frieden im Pazifik aufs Spiel zu setzen. Senator Taft selber steht, mit einigen Schwankungen, MacArthur nicht fern und lässt sich von diesem willig unterstützen. Ferner aber findet man die Idee, die Blockade gegen China und die Bombardierung chinesischer Verkehrslinien gleichsam "vorsorglich" anzuordnen, in gewissen amerikanischen Offizierskreisen, basierend auf rein strategisch-militärischen Erwägungen. Der böse Zwischenfall der Tschiang-Kai-Schek-Truppen in Burma, an dem zum wenigsten einige Offiziere des Pentagon nicht unbeteiligt waren, zeigte mit erschreckender Deutlichkeit, welchem Druck Truman und Acheson ausgesetzt sind, und wie sehr Amerikas Suche nach einer sinnvollen China-Politik zum Spielball widerstreitender Macht- und Interessengruppen geworden ist.

Vertagte Senatskrise

Von Willy Brandt, MdB

Die Koalitionskrise im Berliner Senat ist aus aussenpolitischen Rücksichten, d.h., auf die bevorstehenden Verhandlungen mit der Untersuchungskommission der UN vertagt, sie ist aber nicht beigelegt worden.

Die politischen Gründe, die Anfang vorigen Jahres für ein Zusammengehen der drei demokratischen Parteien ins Feld geführt wurden, haben auch heute noch ihr Gewicht. Sie werden durch den erwähnten Besuch der UN-Kommission sogar noch einmal nachdrücklich unterstrichen. Wer einigermaßen gerecht sein will, wird auch zugeben müssen, dass der Dreiparteien-Senat unter Ernst Reuter in der Richtung der finanziellen Sicherung und des wirtschaftlichen Aufbaus Berlins Beachtliches geleistet hat.

Aber es ist leider nicht gelungen, zu einem gesunden Kompromiss in jenen Fragen zu gelangen, die während des Wahlkampfes im Dezember 1950 besonders hart umstritten waren und die die Gebiete der Sozialpolitik, der Schulpolitik und die Beamtenfragen betreffen. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik ergeben sich manche Schwierigkeiten einfach aus der fortschreitenden Eingliederung Berlins in den Bund. Aber es zeigt sich, dass massgebliche Kräfte der Berliner FDP und CDU darüberhinaus eine sture Vertretung von Sonderinteressen betreiben.

Jetzt handelt es sich beispielsweise darum, ob den "13lern" etwa fünfzehn Millionen zurückgezahlt werden sollen, die für sie in den vergangenen Jahren in die Rentenversicherung der VAB eingezahlt wurden. Kein Arbeitsloser und kein Sozialrentner würde für eine solche Regelung Verständnis haben, denn die Sozialversicherung Berlins konnte überhaupt nur durch Verteilung der Lasten auf möglichst viele Schultern durch die schweren Nachkriegsjahre gebracht werden. Die bürgerlichen Vertreter wollen die Landesbeamten auch aus der Krankenversicherung der Versicherungsanstalt ausgliedern, womit eine Armeutekasse übrig bleiben würde. In beiden Fragen hat die SPD ihren definitiven Widerspruch angemeldet.

Auf dem Gebiet des Schulwesens geht es gegenwärtig darum, wie gewissen Wünschen der Kirchen in Bezug auf die Gestaltung des Religionsunterrichts Rechnung getragen werden kann. Besprechungen der SPD mit der Evangelischen Kirche haben ergeben, dass eine befriedigende Re-

gelung durchaus im Rahmen des bestehenden Schulgesetzes gefunden werden kann- in Berlin sind bekanntlich die Religionsgemeinschaften für die Erteilung des Religionsunterrichts zuständig. Die bürgerlichen Parteien möchten jedoch unter allen Umständen das einheitliche Schulgesetz ändern und verwässern.

Was die Beamtenfragen angeht, so steht eine landesgesetzliche Regelung erst noch bevor. Aber es ist der erklärte Wille von CDU und FDP einen möglichst grossen Teil derjenigen Kräfte aus der öffentlichen Verwaltung zu entfernen, die sich 1945 zur Verfügung gestellt und durchwe eine gute Arbeit geleistet haben. Die SPD hat Widerstand gegen die Interessentenpolitik der Koalitionspartner angemeldet. Sie wird sich auch für ein einheitliches Betriebsverfassungsrecht des Landes Berlin einsetzen.

Trotz des Ernstes dieser Themen ergibt sich ein gewisses Missverhältnis zwischen dem, was in Berlin vorwiegend erörtert wird und dem, was eigentlich auf der Tagesordnung der politischen Notwendigkeiten steht. Es wirkt auch wenig überzeugend, wenn politische Kontroversen in zunehmendem Masse "um die Ecke herum" ausgetragen werden und sich der Bevölkerung als Streitigkeiten um Personalfragen darstellen. Die kommenden Wochen werden zeigen müssen, ob es gelingt, dem Senat von Berlin wieder eine stabilere politische Basis zu verschaffen oder ob sich die Geister der drei Parteien, die seit der Blockade zusammenwirken, auf die eine oder andere Weise zu scheiden haben.

+ + +

Und doch 12.4 Milliarden

(sp) Das Bundesfinanzministerium hat es unternommen, unsere Berechnung des deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrags als "in allen Punkten falsch" zu bezeichnen, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Es erklärte, dass ausser den 8.8 Mrd DM NATO-Beitrag nicht noch die überhängenden Besatzungskosten bezahlt werden müssten.

Demgegenüber sei auf den Wortlaut der gemeinsamen Lissaboner Erklärung der vier Mächte verwiesen, in der es ausdrücklich heisst, dass "die Bundesrepublik zusätzlich zu den in ihren ordentlichen Haushaltsplänen vorgesehenen Ausgaben für Verteidigungszwecke einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von 850 Mio DM nach Errichtung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft leisten wird".

Im Lissaboner Kommuniqué ist der vom Bundesfinanzminister als feststehend genannte Beitrag von monatlich 500 Mio DM Besatzungskosten bis zum Beginn des ersten NATO-Jahres überhaupt nicht erwähnt, sondern nur in Aussicht gestellt, dass "die drei Mächte ihr Möglichstes tun werden um die Höhe der Besatzungskosten für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Vertrages über die EVG so niedrig wie möglich zu halten". Er beinhaltet also keine Verpflichtung der Alliierten, sich auf 500 Mio zu beschränken.

Die deutsche Regierungs-Interpretation der Lissaboner Verhandlungen wird in alliierten Kreisen als recht eigenwillig und merkwürdig bezeichnet und darauf verwiesen, dass selbstverständlich die Bundesregierung auch den Überhang an alten Besatzungskosten liquidieren müsste. Es bleibt also bei 12.4 Mrd Wehrbeitrag für das erste NATO-Jahr.

+ + +

- 7 -

Nachrichten aus der Sowjetzone

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Die Aufstellung der Haushaltspläne für 1952/53, die bis zum 1. Januar 1952 bereits gebilligt sein sollte, stößt auf große Schwierigkeiten. Auch in den nächsten Monaten ist mit einer Fertigstellung der Pläne nicht zu rechnen. Infolge des Rückgangs der Steuereinnahmen müssen gegenüber 1951 enorme Streichungen vorgenommen werden, von denen vor allem die Sozialausgaben und der Kulturbereich betroffen werden. Die augenblickliche Finanzlage ist als katastrophal zu bezeichnen. Kaum eine Dienststelle verfügt über Bargeld. Das Volksbildungsministerium in Sachsen-Anhalt verfügte zu Beginn 1952 nicht einmal über die Mittel, um die Portokosten für die Einberufung von Studenten an die Institute für Lehrerbildung zu bestreiten. In Kreisen des Volksbildungsministeriums plant man, die verfassungsmäßig gesicherte Lehr- und Lernmittelfreiheit völlig abzuschaffen.

x

Im Leuna-Werk mußte die Methanolerzeugung aus Mangel an Rohmaterial eingestellt werden. Eine Überprüfung der Rohrleitungen des Betriebes ergab, daß der Zustand derart schadhaft ist, daß ein einwandfreies Arbeiten unter den normalen Sicherheitsvoraussetzungen nicht mehr möglich ist. An einen Ersatz von Leitungen ist infolge des chronischen Stahl- und Eisenmangels nicht zu denken. Vor einiger Zeit aus dem Stahlwerk Henningsdorf gelieferte Leitungen sind nur beschränkt gebrauchsfähig, da das Material der Beanspruchung durch Hochdruck- und Heißluft nicht aushält. Auch die von den sowjetzonalen Stahlwerken gelieferten Blech- und Eisenplatten sind so verworfen, daß sie kaum zu verwenden sind.

x

In einer Arbeitsbesprechung im Volksbildungsministerium von Sachsen-Anhalt wurde bekanntgegeben, daß allein im letzten Quartal 1951 rund 500 Arbeiter und Bauernkinder die Oberschulen verlassen haben. Besonders hoch ist die Zahl der Schulantritte im 9. und 10. Schuljahr. Als Grund wird angegeben, daß die Eltern nach der ständigen Erhöhung der Lebenshaltungskosten nicht in der Lage seien, den Schulbesuch ihrer Kinder zu ermöglichen. Ein anderer nicht zugegebener Grund liegt in der Ablehnung des politischen Mißbrauchs der Schule.

x

In Küstrin planen die Sowjets einen Ausbau des dortigen Güterbahnhofes zu einem militärischen Verschiebebahnhof. Zu diesem Zweck wurde eine Fläche von 150 bis 170 ha, deren Besitzer Bauern sind, entschädigungslos enteignet und an die sowjetische Armee abgetreten. Dieser Verschiebebahnhof soll nur für sowjetische Militärtransporte vorgesehen sein.

x

Seit Februar 1952 führt die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten den Titel "Staatliche Direktion für künstlerische Veranstaltungen". Diese Umbenennung erfolgte, obwohl der Leiter der Kommission Holtzhauser im Range eines außerordentlichen Ministers steht, dessen Ernennung und die Bildung des Amtes durch die sogenannte Volkskammer beschlossen worden war.

Verantwortlich: Peter Raunau